

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennweg 29/31. Fernruf 5796.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3 00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 30 Pfg., sonst 40 Pfg. Abwärts die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 56

Herford, Freitag, den 7. März

1919

Das große Sozialisierungsprogramm.

Mit einer Deutlichkeit, die allen billigen Wünschen auch der radikalen Linksparteien Erfüllung verspricht, hat die Reichsregierung nunmehr zu der Frage der Sozialisierung im allgemeinen und der praktischen Durchführung derselben im besonderen Stellung genommen. Außer den bereits der Nationalversammlung vorliegenden Gesetzentwürfen über die Grundlagen der Sozialisierung und über die Kohlenwirtschaft sind von ihr im Einvernehmen mit der mehrheitssozialistischen Fraktion des Berliner Räte-Kongresses ihre gesetgebenden Absichten derart eindeutig und bis ins Einzelne gehend festgelegt worden, daß in naher Zukunft das Rätegesetz als wirtschaftlicher Faktor fest in der Gesetzgebung des Reiches verankert sein wird. In organischem Aufbau und auf paritätischer Grundlage werden die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretung anerkannt und ihre Wirksamkeit gesetzlich geregelt. Wesentlich ist, daß diese erwähnte paritätische Richtlinie durch das ganze System bis zur Spitze durchgeführt werden soll. Schon auf der untersten Stufe, im einzelnen Betrieb, wird neben dem Rat der Handarbeiter auch ein Betriebsrat sowie ein Angestelltenrat funktionieren, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichmäßig mitzuwirken haben. Wie in den einzelnen Fabriken und Werkstätten soll auch die ganze Wirtschaft des Reiches von einer, aus dem Fabrikanten gebildeten Arbeitsgemeinschaft kontrolliert und geregelt werden. Es ergibt sich also eine durchgehende und in allem Wesentlichen bestimmte Mitarbeit der Massen der Handarbeiter, des arbeitenden Proletariates, freilich keine Diktatur und einseitige Gewalt Herrschaft, wie es manche phantastische Köpfe auch in der Zeitung der Unabhängigen bisher gefordert haben. Das demokratische Prinzip ist gewahrt. Allen für die Arbeit und Wirtschaft des Reiches wertvollen Massen von Mitarbeitern ist die Mitwirkung zu Gunsten des Gemeinwohl des Volksganges gesichert. Niemand wird entrechtet. Freilich wird diese Rücksicht nicht auch in jenen Fällen restlos gewahrt bleiben können, wo unumgänglich durch künstliche Zwischenstufen die Lebensbedingungen der breiten Massen erheblich verbessert werden müssen. Es liegt nur im Interesse der rationalen Wirtschaft, wenn hier gewisse Ausschaltungen vorgenommen werden,

denn unter Umständen ist das Gemeinwohl und sein Interessentenkomplex gewichtiger und wertvoller als der Vorteil einer kleinen, bisher übermächtigen Gruppe. Schon im Kohlenwirtschaftsgesetz werden dem Kohlenwirtschafter alle Möglichkeiten eigenmächtiger Hinausforderung der Preise dadurch genommen, daß das Reich sich die entscheidende Festsetzung der Tarife vorbehält. Eine viel einschneidendere Maßregel scheint sich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung vorzubereiten. In viel größerem Maßstabe als bisher sollen die Konsumenten durch die Vermittlung der Gemeinden, d. h. also unter Ausschaltung gewisser Stufen des Kleinhandels mit Lebensmitteln versorgt werden. In das Gebiet der demokratischen Sozialisierung gehört naturgemäß auch, daß die Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz ohne Ausnahme durchgeführt wird. Demgemäß werden auch sämtliche Militärpersonen für Handlungen, die unter das allgemeine Strafrecht fallen, vor den bürgerlichen Gerichten zu erscheinen haben. Bahnbrechend ist, daß das ganze System der Räte alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzentwürfe zu begutachten haben wird, bevor die Reichsregierung sie an die Volksvertretung weitergibt und daß ihnen außerdem das Recht zugesprochen wird, aus eigenen Stücken den Erlaß solcher Gesetze zu beantragen. In vielen Kreisen ist auch heute noch die Befürchtung vorhanden, daß vor allem die freien Berufe bei dieser Sozialisierung der Rechte zu kurz kommen würden. Aber auch hier will die Regierung absolute Sicherheiten geben. Sowohl in den Bezirksarbeitsräten, wie in dem Zentralarbeitsrat sollen ohne Ausnahme alle Selbstarbeitenden vertreten sein. Man sieht, daß in dem ganzen Gebiete kaum eine Lücke zu finden ist, und daß bei ehrlüderlicher Durchführung und ehrlicher Mithilfe von Seiten aller daran Interessierten, das ist also der ganzen Nation, sich hier wirklich ein Tor in die Zukunft öffnet und dem Klassenkampf ein für alle Male ein Ende gemacht wird.

Im Zollhause an der Spree. Fortdauer der Kämpfe in Berlin.

Der Kampf um die Macht in Berlin spielt sich im gewöhnlichen Stil ab, ungewöhnliche Elemente aus Soldatenwehr, einzelnen Truppenteilen und besonders die jähm bekannte Volksmarine-Division, die Elite des Se-

findels, dem wir die Revolution und ihre Begleit- und Folgeerscheinungen zu verdanken haben, machen mit Spartakus gemeinsame Sache und so toben die erbittertesten Kämpfe um eine Anzahl Gebäude, insbesondere Polizeipräsidium und Marzall. Mit allen Mitteln der modernen Kampfkunst wird gearbeitet: Flieger, Minen, Gas, Maschinengewehre und Artillerie sind eingesetzt, aber welche erschütternde Bild: Volksgenossen gegen Volksgenossen und des weiteren steht der Feind im Lande und stellt uns in denselben Stunden vor die Wahl zwischen Todeschmach oder Hungertod!

Wir geben im Folgenden einen Auszug aus der Fülle von Meldungen über den Kampf um die Reichshauptstadt.

M. Weimar, 6. März. Nach aus Berlin hier eingetroffenen amtlichen Berichten gibt die Lage in der Reichshauptstadt laut „F. Z.“ zur Vorausschau keinen Anlaß. Die dem Reichswehrminister Klose zur Verfügung gestellten Truppen reichen vollkommen aus, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten zu können.

B. Berlin, 6. März. Seit Proklamierung des Generalstreiks sind in Berlin 243 Verhaftungen erfolgt. Zum größten Teil sind die Verhafteten bei der Tat ergriffene Mörder. Ein großer Teil der Verhafteten sind Matrosen. In einer gestrigen Sitzung der vereinigten sozialdemokratischen Generalkongresse wurde mitgeteilt, daß sich nach einer vorsichtigen Schätzung in Groß-Berlin etwa

38 bis 40 Prozent

der arbeitenden Bevölkerung an dem Generalstreik beteiligt.

Seit Mitternacht spielen sich

schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium

ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, jedoch das Gebäude stark beschädigt worden ist. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von Spartakisten besetzt und die Telefonleitungen geschnitten sind. Außer der Volksmarine-Division und einem Teile der republikanischen Soldatenwehr ist auch ein Teil der Matrosen und des 2. Garderegiments

zu den Aufreihern übergegangen.

Die nachfolgenden Kämpfe sollen bisher 8 Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundeter gekostet haben.

Die Kämpfe konzentrierten sich bisher auf das Gebiet des Alexanderplatzes und um das Polizeipräsidium herum. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden z. T. aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Großbetriebe, aus bewaffneten Arbeitssoldaten, aus Mitgliedern des roten Soldatenbundes, d. i. Desertate oder

freigelegene militärische Straßengefährten, sowie aus Teilen der Volksmarine-Division. Im Laufe der ersten Morgenstunden zwischen 2 und 8 Uhr vormittags ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert. Sichtlich einer kleinen Abteilung von etwa 50 Mann ist es gelungen, in den Südflügel des Polizeipräsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde nach kurzer Zeit von der Besatzung des Polizeipräsidiums hinausgeworfen. Das Polizeipräsidium wurde im Laufe des Vormittags weiterhin beschossen. Daraufhin ist der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Säuberung des Alexanderplatzes und die Entsehung des Polizeipräsidiums übertragen worden. Der Angriff der Garde-Kavallerie-Schützen-Division begann etwa 2 Uhr nachmittags und kam bei Einbruch der Dunkelheit als gelungen bezeichnet werden. Es sind noch einzelne Kämpfe im Gange, jedoch kann die Gesamtlage dahin gekennzeichnet werden, daß die Regierungstruppen Herren der Lage sind. Die Volksmarine-Division hat

auf dem Marinehaus die weiße Flagge

gehiebt und das Marinehaus geräumt. Zurzeit ist das Marinehaus von plündernden Zivilisten angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr im Marzall hat gegen die Regierungstruppen gefeuert. Der Marzall wurde daraufhin in Schutt und Asche verwandelt und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgeschoben.

Der heftige

Kampf um den Besitz des Marzalls.

Der von einer Abteilung der republikanischen Soldatenwehr besetzt war, hat mit einem vollen Erfolg für die Regierungstruppen geendet. Der Marzall ist zurzeit fest in der Hand der Regierungstruppen, die in dem Kampf nur geringe Verluste, darunter zwei Tote, zu beklagen haben. Augenblicklich steht das Polizeipräsidium im Brennpunkt schwerer Kämpfe, die für die Regierung ebenfalls erfolgversprechend zu verlaufen scheinen. Die Spartakisten haben sich beim Kampf um das Polizeipräsidium aller modernen Kampfmittel bedient. Neben einer starken Beschießung mit schweren Minen haben sie auch Flieger eingesetzt.

Die das Gebäude mit Bomben belegten. Auch Gas gelangte zur Anwendung. Danach setzen den Regierungstruppen noch schwere Kämpfe bevor. Die Zeitung der Operationen liegt in der Hand des Obersten von Boden. Auch die Stadtbatterie wurde mit Artillerie beschossen, ihr Dach und oberes Stockwerk beschädigt. Dabei gelang es etwa 20 Gefangenen, frei zu werden, von denen aber ein Teil auf der Flucht getötet wurde. Die Zahl der aufreihenden Elemente beträgt

etwa 1000 Mann.

Sie sind im Besitz von 8 Geschützen und zwei Panzerautomobilen.

Herford und Kurbrandenburg

Eine Erzählung
aus der Geschichte der Stadt Herford
von G. König.

27

Nachdruck verboten.

War es das Gefühl, daß Herford nicht ganz im Unrecht sei oder waren andere Erwägungen maßgebend, der Kurfürst verweigerte die Genehmigung. Er wollte es zunächst mit einer List versuchen. Er glaubte, Herford, auf das ihm seiner Beamten Meinung nach alle Rechte zustanden, seiner Lage wegen nicht entbehren zu können, wollte aber nicht gern mit Gewalt vorgehen. Darum richtete er an den schwedischen General Königsmark die Bitte, ihm den „Gefallen, die Kometen und den Reiterdienst“ zu tun und sich nach der Eroberung von Wiedenbrück auch Herfords zu bemächtigen.

Zu dieser Zeit trug er sich nämlich mit dem Gedanken eines Bündnisses mit Schweden.

Königsmark, dem der Kurfürst zunächst den Vorschlag machte, die Einnahme Herfords unter dem Anschein geschehen zu lassen, als ob er eine Wahlzeit oder ein Frühstück darin halten wollte, damit kein Blutvergießen darin geschehe, hielt die Ausführung des Wunsches für „practicable“. Für seine Hilfe hatte er sich das Amt Höttersleben im Magdeburgischen, worauf er eine Forderung von zwanzigtausend Talern hatte, ausbedungen. Er versuchte es also erst mit einer Drohung und sandte das eben erwähnte Schreiben nach Herford. Ohne Genehmigung des schwedischen Gesandten

Oxenstierna in Osnabrück konnte und wollte er ohnedies nicht handeln.

In Herford sah es in den nächsten Tagen wie in einem aufgeregten Ameisenhaufen aus. Ein stimmungsvoller Rat, die Forderung Königsmarks bestimmt abzulehnen.

„Wie meint es bei uns? Leste wiehern?“ meinte jetzt auch Schmiedepeter. Sofort wurden die Befestigungsarbeiten wieder aufgenommen. Leute, welche der Leiter der Arbeiten, der Hauptmann Klausung nicht einmal den Namen nach kannte, stellten sich zu eifrigem Schmarwerk ein. Selbst Schmiedepeter gab ohne Vergütung Pferd und Wagen her. Fürstenau war wieder der Mann des Tages.

Der Frau Meßlein war es vorbehalten, die Ursache dieser neuen Kriegsdrohung im Heremwerk der Vikonzsauberin zu erblicken. „Gaw ich et nich immer segt, dat us de Exe Krieg un Unglücke üdwern Hals bring? Wokste dat nu nich sau luahmen? Du schast seihen, Meierste.“ sagte sie zu Wischmeiers ebenso abergläubischer Frau, „dat ich Recht hebbe.“

„O mien Gott, mien Gott, wat schall dat gieb!“ jammerte Frau Wischmeier.

An gläubigen Zuhörern und Zuhörern fehlte es nicht. Die Exe war aber noch immer verschwunden und konnte für das aufsteigende Unwetter nicht verantwortlich gemacht werden.

Auch der Bürgermeister Fürstenau, wenngleich er die Ursache der Königsmarkschen Forderung durchschaute, war von dem Ernste der Lage überzeugt. Von seinem Bruder Anton hatte er noch nichts wieder gehört. Die Zeit war auch für die stets langwierigen Verhandlungen mit den Reichsbehörden zu kurz gewesen. Dieser neuen größeren

Gefahr entgegen zu treten, war Herford, wenn sie wahr war, noch weniger in der Lage, als der Kleinern von der brandenburgischen Seite her drohenden. Er überlegte eingehend, ob es unter solchen Umständen nicht ratsam sei, das kleinere Übel zu wählen und den Brandenburgern die Tore zu öffnen. Corvey war auch etwas ängstlich geworden. Auch im Räte wurde wohl eine Mehrheit dafür vorhanden sein. Aber was dann, wenn die Besetzung Herfords von einem der kriegführenden Nachbarn den Schweden oder Kaiserlichen zum Vorwande genommen wurde für einen Angriff auf Herford? Man konnte nicht wissen, wohin der ins Rollen geratene Stein gelangen würde. Die Sorgen rissen nicht ab. Anna konnte die Stirne des Vaters nicht ohne Kummer ansehen. Sie schüttelte ihr bedrängtes Herz der fürstlichen mütterlichen Freundin aus.

Diese wußte Rat. So sehr sie auch noch vergrämt war auf den steifköpfigen Rat der Stadt, so klar war sie sich aber auch darüber, daß die Abtei durch die Anwesenheit schwedischer Truppen in der Stadt in Mitleidenschaft gezogen werden und durch Reibereien der schwedischen und nahe garnisonierenden kaiserlichen Truppen der Abtei auch Schaden geschehen müsse. Sie richtete daher an den schwedischen Gesandten Johann Oxenstierna in Osnabrück ein eigenhändiges Schreiben, worin sie ihn bat, die Drohungen Königsmarks nicht zu unterstützen und ihm den angekündigten Angriff auf Herford nicht zu gestatten.

Ihre Bitte hatte Erfolg. Allerdings aus einem Grunde, den sie nicht ahnen konnte. Königsmark wollte trotz des Entgegenkommens auf die Wünsche des Kurfürsten ein tätiges Eingreifen seiner Truppen vermeiden. Er hatte nicht ganz mit Unrecht

gemeint, daß die Stadt lieber bereit sein würde, die Soldaten des Kurfürsten, als seine Leute aufzunehmen. Mit diesem seinem neuen Plane war der Kurfürst auch einverstanden gewesen und Königsmark angewiesen, ihn mit dem förderlichsten zu Werke zu richten.

Der schon erdachte Plan war durch die Vermittlung der Abtei noch einmal zu Bruch gegangen. Das Unwetter verzog sich Herford atmet wieder einmal auf. Abermals hatte man sich unnötiger Weise Sorgen gemacht, jagten die Augen Leute. Jetzt konnte Alles wieder den gewohnten Gang gehen. Die wahre Veranlassung zu der Königsmarkschen Drohung sicherte auch allmählich durch. Von Eltern, der im Grunde der Heizer war, wurde ausgelacht, und Fürstenau brauchte man wieder nicht mehr.

An dem Ratskern diese waren die Ereignisse anscheinend ohne erheblichen Eindruck vorüber gegangen. Ihn drückten aber doch innerlich unendliche Sorgen. Außergewöhnlich zahlreich waren seine Reisen gewesen, die sich meist in die Richtung nach Bielefeld mit der Sparenburg und darüber hinaus richteten. Unter dem Vorwande der Ereignisse hatte er aber auch recht oft das Haus des ersten Bürgermeisters besucht und unter dem Vorgabe auf Fürstenau warten zu wollen, sich mit der Gesellschaft der Frau Martha begnügt.

Auch heute war er sehr munter erschienen. Der Bürgermeister war nicht anwesend. Frau Martha führte den Gast kloppenden Herzens sich umschauend, ob Niemand sie sah, in die Sonntagsstube, damit er dort die Rückkehr Fürstenaus erwarten könne und leistete ihm Gesellschaft. Um was sich die Unterhaltung zwischen den beiden drehte, hörte Niemand, aber sie waren sehr erregt.

Berlin, 6. März. Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die innere Stadt, die von den Spartakisten besetzt war, genommen worden. Die verschiedenen Gebäude, wie Schulgebäude, in denen sich die Spartakisten niedergelassen hatten, sind jetzt von den Truppen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division besetzt. Natürlich müssen einzelne Spartakisten noch gefaßt werden.

Sie machen nicht mehr mit.

Berlin, 6. März. In der heutigen Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte wurden teils von den Unabhängigen, teils von kommunistischer Seite folgende Anträge gestellt: 1) den Streik auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auszudehnen, 2) die Kommandogewalt solle auf den Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten übergehen, 3) die Verhandlungen mit der Regierung abzubrechen. Nachdem der Antrag, Wasser- und Elektrizitätsversorgung in den Streik reitzlos einzubeziehen, trotz wärender Erklärung der Mehrheitssozialisten angenommen worden war, erklärten die Mehrheitssozialisten den Austritt aus der Streikleitung.

und vertieft geschloßen den Saal.

Berlin, 7. März. Die Gewerkschaftskommissionen beschloßen gestern, sich am Streik zu beteiligen. Im Buchdruckereigewerbe ist die Arbeitsniederlegung bereits vollkommen erfolgt, sodaß die Zeitungen auch weiterhin vorläufig nicht erscheinen können.

Die letzten Meldungen.

7.30 Uhr abends.

Die Teilkämpfe im Stadtkern sind abgeschlossen. Auf Seiten der Regierungstruppen sind verhältnismäßig geringe Verluste vorgekommen, besonders aus dem Grunde, weil von Infanterie wenig Gebrauch gemacht wurde und Artillerie, Minenwerfer und Maschinengewehre hauptsächlich zur Verwendung kamen. Zahlreiche Gefangene wurden gemacht.

Neun Uhr abends.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, befindet sich das Polizeipräsidium reitzlos in den Händen der Regierungstruppen. Der Alexanderplatz und dessen gesamte Umgebung ist von den Aufständigen völlig gesäubert.

Frühe Lage in Leipzig.

Leipzig, 7. März. Die Streiklage ist auch heute unverändert. Der Beamtenstreik macht die Auszahlung der Arbeitslosen- und Gerichtsunterstützungen vorläufig unmöglich. Die Bewohner Leipzigs dürfen die Stadt nicht mehr verlassen. Der A.-S.-Rat, sowie die Streikleitung haben beschloßen, keinen Ausweis nach auswärts mehr auszustellen, auch Beförderungsmittel dürfen die Stadt nicht mehr verlassen. Die sächsische Regierung hat mit dem A.-S.-Rat Verhandlungen zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Leipzig gepflogen. Der A.-S.-Rat ist bereit, jedoch nur, wenn die Verhandlungen auf der Grundlage geführt werden, daß die sächsische Regierung sich verpflichtet, für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens einzutreten. Die Verhandlungen sollen heute in Leipzig beginnen.

Die drohende Hungersnot.

Abbruch der Lebensmittelverhandlungen in Spaa.

Berlin, 6. März. Die in Spaa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf sofortiger Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden, ohne bindende Verpflichtungen für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

Die Verhandlungen sind abgebrochen, der Hunger steht vor der Tür. Alle Versprechungen der Gegner haben sich als leere Worte erwiesen, alle Hoffnungen unsererseits als trügerisch. Was nun? Nur noch 6-8 Wochen und wir sind am Ende. Werden unsere Feinde tatsächlich ein 70 Millionen-volk verhungern lassen? Riesengroß schreiet das Gespenst des Weltbolschewismus näher. Es kennt keine Grenzen von Postenketten, Flüssen und Meeresarmen, es steigt auch über Gebirge! Wahre dich England!

Am 4. März begannen in Spaa die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Sie sind verbunden mit den Verhandlungen über die Zurverfügungstellung der deutschen Flotte und die Finanzierung der Lebensmittelversorgung. Geleitet werden sie von deutscher Seite vom Unterstaatssekretär Braun, von englischer Seite vom Admiral Hope. Im Laufe der Sitzung überreichte die alliierte Regierung eine Denkschrift, in denen die Bedingungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Ablieferung der deutschen Handelsflotte im einzelnen festgelegt sind. Admiral Hope erklärte, übernommen müßten die Verhandlungen beendet sein. Im übrigen möchte er klar zu versetzen geben, daß man nicht erlauben werde, irgendwelche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, bis ein bedeutender Fortschritt in der

Ueberrück der deutschen Handelsflotte

gemacht sei. Es müßte daher sofort die Verschärfung der deutschen Regierung erfolgen, daß sie das Nötige für das Auslaufen der Flotte tun und die gesamte Handelsflotte unter die Kontrolle der Alliierten stellen werde.

Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Alliierten entgegen den deutschen Wünschen nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln.

sondern eine kleine bereits versprochene Teillieferung von 270 000 Tonnen. Hope erklärte, daß im Auftrage nichts von der Höhe der Lebensmittel-lieferungen stehe. Die Entente sei aber nicht gewillt, jetzt schon über die Menge und die Bedingungen der Gesamtversorgung Deutschlands zu verhandeln. Die Entente habe beschloßen, nicht über die Menge von 270 000 Tonnen. Auch diese Menge könne Deutschland nur auf dem Wege der Ablieferung der Schiffe erhalten. Für die Ablieferung der Flotte werden die alten schweren Bedingungen gestellt.

Der deutsche Delegierte

erklärte, daß die Auslieferung der Flotte nach dem Vertrage nur erfolgen solle, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands sicherzustellen.

Der Abschluß über die Gesamtversorgung Deutschlands wäre dazu eine notwendige Vorbedingung. Unterstaatssekretär Braun begründete dann in längeren Ausführungen die Rechtmäßigkeit des deutschen Standpunktes nach dem Wortlaut der Verträge und Versicherungen des Marschalls Hoch und machte auf die politischen Gefahren für die Verbreitung des Bolschewismus in Europa aufmerksam, die auf ablehnende Haltung der alliierten Regierungen folgen müßte. Deutschland habe das größte Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen. Es sei fest entschlossen, mit der Auslieferung der Schiffe zu beginnen. Die deutsche Regierung könne aber die Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne die Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung sichergestellt zu haben.

Admiral Hope erklärte zum Schluß der Verhandlungen, er könne nicht einwilligen, Einzelfragen in der Unterkommision zu verhandeln, bevor er nicht schriftliche Antwort auf die Frage wegen der Auslieferung der gesamten deutschen Flotte erhalten habe.

Daraufhin wurden die Verhandlungen vertagt.

In der Sitzung vom 6. März führte der deutsche Vertreter aus, die Verlieferung Deutschlands sei nur der Grund für die Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen gewesen. Deutschland könne aber nicht die Handelsflotte abliefern, ohne daß die Zufuhr der Verbündeten vorliege, daß die Lebensmittelversorgung auch tatsächlich erfolge. Bisher habe Deutschland noch keine einzige Tonne Lebensmittel von den Verbündeten erhalten. Deshalb sei der deutsche Standpunkt, die Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Erklärungen die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt sei. Deutschland schlage aber vor, von weiteren Verhandlungen zu ermöglichen, eine teilweise Zurverfügungstellung der Handelsflotte vorzunehmen und bei Vorhandensein eines definitiven Versorgungsplanes den Rest der Flotte auszuliefern.

Der englische Vertreter erklärte, die Verbündeten hätten die Absicht, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erleichtern, vorbehaltlich der Entscheidung des Obersten Kriegsrats, wenn Deutschland sofort die gesamte Flotte abliefern. In erster Linie werde die Einfuhr von 270 000 Tonnen genehmigt. Die Frage weiterer Lieferungen werde dem Obersten Kriegsrat zur Entscheidung vorgelegt.

Unterstaatssekretär von Braun erklärte hierauf, daß dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei unsicheren Faktoren abhängig gemacht und der Entscheidung des Obersten Kriegsrats vorbehalten sei, mit dem Deutschland keine Verhandlungsmöglichkeit habe. Er betonte noch, daß die Frage der Lebensmittelversorgung eine Frage auf Leben und Tod für Deutschlands Bevölkerung sei.

Daß schon täglich 800 Menschen am Hunger

jetzt sterben. Keine Regierung könne es verantworten, sich ohne die Sicherheit, daß die Verbündeten helfen, des letzten Mittels zu bedienen, sich selbst zu helfen.

Darauf erklärte Admiral Hope, daß die verbündeten Vertreter keine Vollmacht hätten, weiterzugehen. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Anweisungen hätten, schlage er vor, die Verhandlungen abzubrechen.

Unterstaatssekretär von Braun bemerkte, er habe es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensmittelfrage nachgeben könne.

Da weiteres Verhandeln zwecklos erschien, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Die beiderseitigen Kommissionen reisten von Spaa ab.

Berlin, 6. März. Zum Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen in Spaa hiennt Unterstaatssekretär von Braun, er halte es für wenig wahrscheinlich, daß die Regierung in dieser Lebensmittelfrage nachgeben könne. Da weiteres Verhandeln zwecklos erschien, wurden die Verhandlungen über die drei Wirtschaftsabkommen: Lebensmittel-, Schiffsverkehrs- und Finanzabkommen am 5. März abends abgebrochen. Die beiderseitigen Kommissionen reisten von Spaa ab. Die Erledigung der laufenden Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa wird durch den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommisionen nicht berührt, sondern gehen nach wie vor weiter. Im Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommisionen wurde dorthinverleitet in der Vollziehung der mit den laufenden Verhandlungen betrauten Waffenstillstandskommission am Vormittag des 6. März eine Note übergeben, in der der Gesamtstandpunkt der deutschen Regierung dargelegt wird.

Eine Pressestimme.

Frankfurt a. M., 7. März. Die „Frankfurter Zeitung“ bespricht die Unterbrechung der Verhandlungen in Spaa und betont, daß die Lage rechtlich völlig klar sei. Wir sind zur Auslieferung unserer Handelsflotte nur verpflichtet, wenn wir Lebensmittel bekommen. Unsere

Schiffe werden dann gleichzeitig der Versorgung des übrigen Europas dienen. Eine Bindung, welche die Kündigung des Waffenstillstandes rechtlich begründet, sind wir demnach nicht eingegangen. Will die Entente den Waffenstillstand unter der zulezt angenommenen Frist von drei Tagen aussetzen, dann bezieht sie einen offenen Gewaltakt, den sie auch moralisch niemals rechtfertigen kann.

Die Front der deutschen Kriegsgefangenen.

Amsterdam, 6. März. Nach allen hier eingetroffenen englischen Blättern vom 4. März, erklärte der Staatssekretär für den Krieg Churchill in der Unterhaus-sitzung vom 3. März in Beantwortung von Fragen, die englische Regierung schide die deutschen Kriegsgefangenen so rasch wie möglich nach Frankreich und Belgien zurück, um sie dort arbeiten zu lassen.

Rundschau.

Die deutsche Demotratie und die Rätewahlen.

Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat einen neuen Kongreß dieser Räte einberufen, und für diesen Zweck die Wahl aller Räte und S.-Räte bis zum 16. März angeordnet. Er hat ferner bestimmt, daß bei diesen Wahlen alle Personen beiderlei Geschlechts wahlberechtigt und wählbar sind, die das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt mit einem Jahresverdienst von bis zu 10 000 M. beschäftigt sind. In ähnlicher Weise sollen auch Bauernräte gewählt werden. Gegen diesen Wahlmodus hat der Vollzugsrat der Groß-Berliner Räte und S.-Räte Widerspruch erhoben und seinerseits die Wahl nach Betrieben gefordert.

Die Deutsche demokratische Partei ist grundsätzlich Gegnerin jedes Räteystems. Für sie gilt die aus dem freien und gleichen Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung. Andererseits wird aber gerade der bevorstehende Kongreß der Räte und S.-Räte in dieser Frage ein entscheidendes Wort sprechen, und von seinen Beschlüssen wird viel abhängen hinsichtlich der Gestaltung unserer politischen Verhältnisse in der nächsten Zukunft. Darum erscheint es unbedingt erforderlich, daß die vielen Hunderttausende von Wahlberechtigten, welche zweifellos ohne auf demokratischen Boden stehen, nicht für die Vertreter einseitiger Gewalt oder Räteverfassung abstimmen oder auch zu deren Gunsten sich der Abstimmung enthalten. Es ist daher die Aufgabe der demokratischen Organisationen, umgesäumt diesen Rätewahlen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dort, wo es zweckmäßig und angebracht erscheint, im Benehmen mit den uns nahestehenden Berufsorganisationen eigene Listen aufzustellen und deren Wahl nach Kräften zu fördern. Sache der Gesamtpartei wird es dann sein, die demokratischen Vertreter, welche sich zum Rätekongreß einfinden, zu sammeln, und ihnen die nötige Unterstützung bei ihrem Widerstand gegen die Verewältigung der Demokratie zu teil werden zu lassen.

Saltet den Dieb.

Der alldeutsche Verband hat vor dem Kriege und im Kriege schwere Schuld auf sich geladen. Anstatt als Angeklagter tritt aber der alldeutsche Verband mit der bei ihm herkömmlichen Redlichkeit als Ankläger auf. Hauptleistung und Geschäftsführender Ausschuß des alldeutschen Verbandes verbreiten in diesen Tagen ein vier Seiten langes Flugblatt, das angefüllt ist mit schweren Beschuldigungen gegen ihre Gegner. Die Führer des alldeutschen Verbandes führen also den Spiel um. Sie erheben Anklage auch gegen den früheren Kaiser, weil er den Wünschen der Alldeutschen häufig nicht Gehör geschenkt habe. Um das Treiben der Alldeutschen zu kennzeichnen sollen hier nur einzelne ihrer Forderungen hervorgehoben werden. Der alldeutsche Verband verlangt, daß die heutige Reichsregierung die feindlichen Mächte veranlassen soll zur vollkommenen Öffnung der Archive ihres auswärtigen Amtes hinsichtlich aller diplomatischen Vorgänge, die mit dem Kriege irgendwie zusammenhängen. — Als ob unsere Feinde darauf eingehen würden. Weiter verlangt der alldeutsche Verband, daß der jüdische Einfluß zurückgedrängt wird. Reichsteins müsse ein Einwandernsgebot beschlossen werden, das uns vor artemischem Zugang schützt, dem der Satz von der Gleichberechtigung dessen, was Menschenantheit trägt, sei eine durch die Willkür täglich widerlegte Lehremeinung, deren tatsächliche Ausführung ein Verbrechen gegen unser Volk bedeuten würde. — Natürlich, ohne Antisemitismus geht es beim alldeutschen Verband nicht ab. Der alldeutsche Verband verlangt eine Umwidmung des deutschen Schatz- und Erziehungsschatzes, aber nicht etwa im Sinne der Einheitschule. Er fordert vielmehr eine Sonderstellung für sich zur Heranbildung von jungen „Alldeutschen“. Sonderschulen sollen errichtet werden in denen ein Teil unserer Jugend im Sinne der Alldeutschen herangebildet werden soll, so ist in diesem Zusammenhang die Forderung zu verlesen, „Sonderstellen zu errichten, in denen wenigstens ein Teil unserer Jugend als Kern der zukünftigen Wiederaufrichter des Vaterlandes deutsch erzogen werden.“

Unterzeichnet ist das Flugblatt in erster Reihe von Justizrat Glah, General Freiherr von Gehlert, General von Lieber, Geh. Kommerzienrat Kirdorf und Präsident Dr. Thomsen, also von Männern, die während des Krieges durch ihre extremen Kriegsziele der Regierung die größten Schwierigkeiten bereitet und sich zu der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes in schärfsten Gegensatz gestellt haben.

Ein preussisches Lohnamt.

Die Errichtung eines staatlichen Lohnamtes ist in Preußen geplant. Die Bestrebungen auf fortgesetzte Heraushebung der Löhne in der Industrie machen ein solches staatliches Einschreiten notwendig, um die Gefahren für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie im Weltmarkt mit dem Auslande nach Abschluß des Friedens abzuwenden. Die Aufgaben des Lohnamtes sind folgende: Vermittelndes Eingreifen bei Lohnstreitigkeiten, Untersuchungen über die Notwendigkeit der erhobenen Ansprüche und der Erklärungen der Arbeitgeber, Aufklärungen über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und Vordarbeiten für den allmählichen gleichmäßigen Lohnbau. — In Erwägung gezogen wird, als Gegenleistung die wichtigsten Waren und Lebensmittel einer Preiskontrolle zu unterwerfen, sobald die Verhältnisse dies zulassen, um einem Wucher entgegenzutreten.

Die vereinigten Deutschen Volksräte Westpommern protestieren unter Berufung auf die Wilsonschen Punkte gegen die polnischen Bestrebungen.

Der Erzbischof Dalber in Posen fordert die katholischen Geistlichen auf, Kirchengelder in polnischer Anleihe anzulegen, damit also hochverräterischen Zwecken zu dienen.

Aus dem Saargebiet wird brutales Vorgehen der Franzosen gegenüber der Bevölkerung, insbesondere auch den Frauen gegenüber, gemeldet.

Auf Grund des Amnestie-Erlasses vom 12. November 1918 ist am 24. Februar der bekannte Projekt der „Frankfurter Zeitung“ gegen den Schriftsteller Houston Chamberlain niedergeschlagen worden.

Den „Innsbrucker Nachrichten“ zufolge hält sich der frühere König von Bayern in einem Hotel Nordtirols auf, wo er so lange bleiben wolle, bis der Sturm in Bayern vorüber gegangen sei.

In Tirol ist eine Stimmung wachgeworden, daß Tirol mit Deutschland direkt, ohne den Umweg über Wien und Deutsch-Oesterreich, vereinigt werden solle.

Staatssekretär Steinwender erklärte bei einer Erörterung über die Rückzahlung der ersten österreichischen Kriegsanleihe, daß eine Gerabekung der Zinsen erfolgen müsse.

König Albert von Belgien traf am Montag mit einem Flugzeug in London ein.

Die englische Regierung nahm das Anerbieten einer großen Schiffswerft in Middlesborough auf, Kauf von acht der größten deutschen U-Boote an unter der Bedingung, daß die U-Boote zerstört und als altes Eisen verkauft werden.

Cotin, der den Anschlag auf Clemenceau verübt hat, wird, wie „Habas“ meldet, am 14. März vor dem Kriegsgericht erscheinen.

Im englischen Unterhaus trat Bonar Law dafür ein, Deutschland Kriegskosten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit aufzuerlegen.

Lloyd George ist in Paris eingetroffen.

Trotsky sprach sich in einem Funkpruch dahin aus, daß es den Bolschewisten gelingen werde, den Sieg über alle äußeren und inneren Feinde Russlands davonzutragen.

Der Streik der Hafenarbeiter in New York, durch den die transatlantische und die Küstenschifffahrt stillgelegt worden sind, dauert an.

Herford und Minden-Ravensberg.

7. März.

Auskunftspflicht der Spartakisten.

Die Ankündigung der Regierung, daß eine Auskunftspflicht der Banken und Spartakisten gegenüber den Steuerbehörden eingeführt werden soll, hat in den Kreisen der Spartakisten lebhaften Widerstand hervorgerufen. Wenngleich offenbar die Banken und Spartakisten nur in solchen Fällen Auskunft geben sollen, in denen der Verstoß eine Steuerhinterziehung vorliegt, so weisen die Spartakisten doch darauf hin, daß jede Durchbrechung des Prinzips der unbedingten Verschwiegenheit dem deutschen Spartakistenvereine schweren Schaden zufügen müsse. Der Geschäftsführer des Deutschen Spartakistenverbandes Reich kommt zu folgendem Ergebnis: „Die Sicherheit und die Verschwiegenheit sind die beiden Grundpfeiler, auf denen unsere Spartakisten ruhen. Rüttelt man an einem von ihnen, dann erschüttert man unser ganzes Spartakistenwesen.“

Die Erhaltung der Viehbestände.

Der landwirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung hat unter dem 21. v. Mts. die nachstehende Eingabe an den Reichs-Ernährungsminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Wie bereits oft dargelegt, entwickeln sich die Verhältnisse bezüglich der Viehwirtschaft durch die für den reduzierten Bestand viel zu umfangreichen Viehanforderungen für Schlachtzwecke so ungünstig, daß schon von einem völligen Zusammenbruch unserer Viehwirtschaft gesprochen werden muß. Es müssen daher alle Mittel und Wege in Anspruch genommen werden, um gerade in der jetzigen Zeit die Abschachtung der Ruchviehbestände soweit wie irgend möglich einzuschränken. Nach zuverlässigen Angaben sollen sich im Besitz des Reiches große Mengen Fleischbauernwaren in Gestalt von Fleischkonserven befinden, deren Heranziehung zur Volksernährung im allgemeinen Interesse dringend geboten erscheint. Wir bitten daher:

1. umgehend eine Aufnahme der gesamten Bestände an Fleischbauernwaren einschließlich Konserven zu veranlassen;
2. die vorhandenen Fleischbauernwaren zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch für die Zeit bis zum 15. Juli 1919 zu verwenden und in entsprechendem Umfang die Schlachtungen von Magervieh einzuschränken;
3. insbesondere für die nächsten Monate die Abschachtung der Magerviehbestände in den Weideregenden soweit möglich gänzlich einzustellen, da bereits im letzten Jahre die Fettweiden aus den für die Weidewirtschaft gezielten und dafür

am besten geeigneten Beständen nicht ausreichend besetzt werden konnten, was ohne entsprechende Einschränkung der Schlachtungen dieser Bestände im kommenden Sommer noch in sehr erhöhtem Maße eintreten müßte."

D. P. K.

— **Schafft Bauernwehren.** Zu unserer gestrigen Notiz erfahren wir noch, daß im Kreise Minden die Ortschaften Volmerdingen, Solfeld und Unterlibbe jetzt Sicherheitswehren eingerichtet haben. In den öffentlichen Bekanntmachungen, welche von der erfolgten Gründung Kenntnis geben, heißt es ziemlich gleichlautend: Personen, die in der Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens in der Gemeinde angetroffen werden, haben sich auszuweisen. Verdächtige Personen werden in Sicherheitshaft genommen und der Polizeibehörde vorgeführt. Bei Widerstand oder Fluchtversuchen machen die Sicherheitsmannschaften von der Waffe Gebrauch.

— **Die Soldatenräte.** Auf Anordnung des General-Kommandos des 7. Armee-Korps (Münster) sind die Bezirkssoldatenräte und alle örtlichen Soldatenräte mit dem 3. März 1919 aufgelöst. Sie erhalten bis zum 15. März 1919 ihre Gehaltsbezüge. Rechte stehen ihnen aber nach dem 3. März nicht mehr zu. Die Sicherheitswehren werden überall da vom General-Kommando anerkannt und aus öffentlichen (militärischen) evtl. auch kommunalen Rassen bezahlt, wo sie auf dem Boden der Regierung stehen. Sie sind aber keine militärische Truppe, sondern stehen lediglich im Dienst der Städte, bezw. Ortschaften, wo sie aufgestellt sind.

— **m. Städtisches Notgeld.** Die 5-, 10- und 20-Mark Scheine des städtischen Notgeldes verlieren mit dem 15. März ihre Gültigkeit. Es wird vom Magistrat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gutscheine nur bis zu diesem Tage von der Kassenkassette eingelöst werden. Das übrige Notgeld bleibt vorläufig im Umlauf.

— **o. Neues Fernsprech-Teilnehmerverzeichnis.** Eine Neuauflage des Verzeichnisses der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen im Ober-Postdirektionsbezirk Minden (Westf.) befindet sich in Vorbereitung. Teilnehmer, die in ihrer Eintragung Veränderungen wünschen, haben es dem zuständigen Vermittlungsamte baldigst mitzuteilen. Die Herausgabe der neuen Teilnehmerverzeichnisse soll nach Möglichkeit beschleunigt werden, wird aber unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

— **Die Ferien.** Für alle Schulgattungen in den Städten Herford, Bad Deynhausen und Motho sind durch Erlass des Herrn Oberpräsidenten vom 2. Januar 1919 Nr. 04 VII die Ferien im Schuljahr 1919/20 wie folgt festgesetzt: 1. Osterferien: Schluß des Unterrichts: Sonnabend, den 5. April 1919, Wiederbeginn: Mittwoch, den 23. April 1919. 2. Pfingstferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 6. Juni 1919, Wiederbeginn: Freitag, den 13. Juni 1919. 3. Sommerferien: Schluß des Unterrichts: Sonnabend, den 5. Juli 1919, Wiederbeginn: Dienstag, den 5. August 1919. 4. Herbstferien: Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 1. Oktober 1919, Wiederbeginn: Donnerstag, den 16. Oktober 1919. 5. Weihnachtsferien: Schluß des Unterrichts: Dienstag, den 23. Dezember 1919, Wiederbeginn: Dienstag, den 6. Januar 1920. Schluß des Schuljahres 1919/20: Mittwoch, den 31. März 1920.

— **a. Ein neuer Stand.** Kommt in ein benachbartes Lazarett ein kleiner Junge aus der Feldmark, um seinen dort liegenden Vater zu besuchen. Nun sind mehrere Eingeliegte des gleichen Namens vorhanden und um den richtigen herauszufinden, fragt man den Knirps: „Was ist dein Vater denn?“ Stolz antwortet der Gesträgte: „Selbstverfolger!“

— **o. Vom Fleischer.** Die Zahl der Fleischerberufungen in Deutschland betrug in der Woche vom 13. zum 19. Februar 144 Fälle, von denen 11 tödlich verliefen. Pastor Meißner aus Göttingen ist im Krankenhaus in Magdeburg als Opfer seiner Berufstreue ebenfalls der heimtückischen Krankheit erlegen.

— **Die Zwangsparade der Freiwilligen Feuerweh.** die am 1. Januar 1909 von Herrn Rathert ins Leben gerufen worden war, ist nunmehr, nachdem Herr Rathert seinen Posten als Hauptmann der Wehr niedergelegt hat, am 1. März aufgelöst worden. Die Mitgliederzahl betrug zuletzt 81, die Höhe der Sparsamkeit einschließlich Zinsen 30 888,11 M. Die Rechnungsführung ist am 4. März von einer Kommission, aus Mitgliedern der Wehr bestehend, geprüft und für richtig befunden worden.

— **el. Die Tagung der Westfälischen Provinzial-synode** ist wohl noch nie mit solcher Spannung erwartet, angesichts der durch die Abkündigung des Kaisers notwendig gewordenen Neuerteilung der Kirche auf völlig veränderte Verhältnisse. Dies erfordert insonderheit in Westfalen und Rheinland bei der ausgeprägten Eigenart ihrer Kirchenordnung hochbedeutende Entschlüsse. Die Synode trat am 2. März in Soest unter dem Vorsitz des Präses D. theol. Rodette mit 92 Abgeordneten und den Vertretern der kirchlichen und staatlichen Behörden zusammen, unter denen Generalsuperintendent D. Jöller, Konf. Präf. von Sadow, Defan der theol. Fakultät Prof. D. Rothstein (sämtlich aus Münster) besonders zu nennen sind. Stehend hörte die Versammlung den Gruß treuen Gedenkens, den der Vorsitzende dem Kaiser als dem bisherigen Schirmherrscher der Kirche widmete. Er hob sodann als besonders wichtige Aufgaben der Tagung hervor: Neuordnung der Verhältnisse von Staat und Kirche, Forderungen in Bezug auf den Religionsunterricht, Frauenstimmrecht, Verhält-

nidwahl. Sie wurden mit den dazu eingegangenen 42 Vorschlägen den Ausschüssen zur Durchberatung überwiesen. Für Neubearbeitung der Kirchenordnung wurde die Einsetzung eines Rhein-Westf. Ausschusses beschlossen. Der Rheinischen Schwester-Synode wurde zu ihrer gleichzeitigen Tagung in Barmen ein Drahtgruß gesandt. Die Reformationsjubiläumsgabe für theol. Studierende in Münster hat rund 60 000 M. ergeben, wozu die Synode Herford 2080 M. beigetragen hat. Der Nachmittag und der nächste Vormittag wurde sodann für die Beratungen der Ausschüsse bestimmt.

— **Brinkmann Theater.** Auf dem Spielplan des Theaters steht für heute abend die Operette „Das Glücksmädel“.

Ami Herford-Biddenhausen.

u. Laar, 5. März. Zwei unbekannte Männer machten sich in der Dunkelheit an dem „Runkel-bütle“ des schon einmal um seinen ganzen Fleischtvorrat bestohlenen Heuerlings A. B. hier selbst zu schaffen; ehe sie sich aber verließen, feierte B. einen Schreckschuß ab, und die Zudringlichen verschwanden.

u. Laar, 5. März. Recht öde sehen jetzt unsere Schaufenster aus, denen die Schaufensterwärter das ganze breite Gesicht bis auf die Spitze krone genommen haben. Das dadurch gewonnene Holz wird öffentlich verkauft. Dem Wunsch aller Landbesitzer längs der Schaufenster hätte es freilich mehr entsprochen, wenn alle Linden gefällt und Obstbäume dafür angepflanzt worden wären. Viele Zentner Kartoffeln sind in den letzten Jahren weniger geerntet, weil die Wurzeln der Linden weit die Acker durchziehen.

u. Gidum, 5. März. Wie sehr unsere heimgekehrten Krieger die altgewohnte schwere Arbeit lieben, zeigt am besten die in letzter Zeit urbar gemachte Fläche des abgerodeten letzten Teils des alten Gidumer Waldes.

u. Diebrock, 6. März. Die 4. und 6. Batterie des 7. Fuß-Art.-Regts. sind von hier nach Enger verlegt, sehr zum Schmerz vieler Dorfschönen.

Ami Gohfeld-Mennighüffen.

Löhne, 4. März. Um der überhandnehmenden Hamstereien und Diebstählen in Löhne u. Bishofshagen zu steuern und zum Schutze der eigenen Sicherheit hat man beschloffen, hier eine Bürgerwehr ins Leben zu rufen. In einer Versammlung am Sonntagabend wurde das Nähere beschlossen. Vom Mittwoch ab werden regelmäßige Nachtwachen aufgestellt, die unter dem Kommando des Klempnermeisters Rehner stehen.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreis, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Mehr Verkaufsräume!

Das Vereinsleben in unserer Stadt ist nach der Rückkehr der Krieger zu neuem Leben erwacht und hat durch das Hinzukommen zahlreicher großer kleiner politischer Versammlungen an Ausdehnung erheblich zugenommen. In unangenehmer Weise macht sich dabei der Mangel an geeigneten Versammlungsräumen bemerkbar, was nicht zu verwundern ist, da für die infolge des Bahnbaues abgebrochenen drei großen Gasthöfe kein Ersatz geschaffen und auch der Schützenhof für den Verkehr noch nicht wieder freigegeben werden konnte. Die wenigen zur Verfügung stehenden großen Säle müssen infolge der Knappheit an Heizstoffen z. T. für mittlere große Versammlungen ausreichen, sodaß für diese der Notstand besonders fühlbar ist. Es erscheint uns daher unverständlich, daß die beiden Säle des Bürgervereins noch jetzt als Lagerräume von der städtischen Kriegswirtschaft gebraucht und der allgemeinen Benutzung dadurch entzogen werden. Es bedarf wohl nur der Anregung, daß die beiden im Stadtkern günstig gelegenen Räume dem allgemeinen Verkehr bald wieder zugänglich gemacht werden.

Nachkänge zur Stadtverordnetenwahl.

Die unter dem Namen „Beamtenbund“ zusammengefügten Berufsverbände hiesiger Beamten hatten für die Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl unter anderen die Herren Stadtkämmerer Falk und Betriebswerkmeister Schodder vorgeschlagen.

Herr Falk ist, wie in der am Sonntagabend, den 1. d. Mts., von dem Ortsausschuß der Beamten des Bahnhofes Herford nach dem Cv. Vereinshaus einberufenen Versammlung durch mehrere Vertreter anderer Berufsstände einwandfrei bestätigt wurde, ursprünglich von den wirtschaftlichen Verbänden und von seiner eigenen — der Deutschen Volkspartei — wiederholt als Kandidat abgelehnt. Gist nachträglich ist die Aufnahme des genannten Herrn nicht zum wenigsten dank dem energischen Auftreten des Beauftragten des Beamtenbundes, Herrn Postsekretär Böffler, von der Deutschen Volkspartei zugestanden.

Sache dieser Partei wäre es nunmehr gewesen, Herrn Stadtkämmerer Falk in der letzten, für die Reihenfolge der Kandidaten maßgebenden Versammlung als Parteivorstand an sicherer Stelle anzubringen.

Als aber die Industrie mit dem Ersuchen hervortrat, Herrn Titgemeier besser zu plazieren und der Frauenbund gegen die Aufstellung von Frau

Kemper an wenig aussichtsreicher Stelle energisch Verwahrung einlegte, mußte es der Kandidat der Eisenbahner, Herr Schodder, sein, der einmal von 16. Stelle zu Gunsten der Frau Kemper — und in letzter Stunde vor Einreichung der Vorschlagsliste — zum zweitenmal von der 19. auf die 21. Stelle zu Gunsten des Herrn Falk zurückgesetzt wurde.

Trotzdem die Herren, welche jene, für ihr Handeln wenig ruhmvolle Sitzung am Sonntagabend, den 22. Februar, leisteten, sich ein Schweigegebot auferlegt hatten, war die Umstellung bekannt geworden, und rief unter den Eisenbahnbeamten begeisterte Erregung hervor.

Als von allen Beamtengruppen in hiesiger Stadt die an Kopfzahl stärkste, hatten sich die Eisenbahner des Friedens wegen nachträglich damit abgefunden, sich mit einem Kandidaten an sicherer Stelle zu begnügen, trotzdem andere Beamtengruppen besser bedacht waren. Es mußte deshalb erwartet werden, daß man Herrn Schodder an der ihm am Anfang zugestandenen 16. Stelle beließ, zumal den Herren von der deutschen Volkspartei durch den Vorsitzenden des Beamtenbundes, „Eine Umstellung des Herrn Falk innerhalb des der Partei zur Verfügung stehenden Rahmens der Kandidatenliste dürfte unter keinen Umständen zum Nachteil des Herrn Schodder bewirkt werden“, am Mittwoch, den 19. Februar, abends, vorgebracht war.

Nach den Auslassungen aller in der Versammlung am 1. d. Mts. anwesenden Vertreter anderer Berufsstände, darunter auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei, haben die Eisenbahner volle Aufklärung erhalten, daß die Zurücksetzung ihres Kandidaten nicht dem Vorstände des Beamtenbundes, sondern dem Verwalter der Deutschen Volkspartei.

Mit Hilfe der Deutschen Demokratischen Partei sind die ihr angehörenden Beamten-Kandidaten in der Liste an aussichtsreicher Stelle untergebracht. Würde die Deutsche Volkspartei bezügl. der Herren Schodder und Falk ebenso gehandelt haben, dann hätten die hinter diesen Herren stehenden Beamtengruppen heute nicht das Nachsehen.

Den jetzt noch zur Deutschen Volkspartei gehörenden Beamten wird nach vorstehenden Darlegungen endlich die Gerechtigkeit kommen, bei welcher bürgerlichen Partei ihre Interessen am besten vertreten werden.

Die Eisenbahnbeamten haben aus dem Vorkommnis für die Zukunft gelernt.

Homburg, Gütervorsteher.

r. Minden, 6. März. Das Gelände auf der Mindenerheide, auf dem sich auch jetzt noch die Baracken für die gefangenen Russen befinden, soll seitens der Heeresverwaltung für 3 Jahre verpachtet werden. Das in Frage kommende Gelände umfaßt fast 60 preussische Morgen und soll in kleineren Teilen abgegeben werden. Die Größe eines Teilstückes wird 1 Morgen betragen und an Kleinrentner abgegeben werden. Die Mindenerheide war in Friedenszeiten der Hauptexerzierplatz der Mindener Garnison.

r. Minden, 6. März. Die augenblickliche Geschäftslage der hiesigen Handels- und Gewerbetreibenden steht im Zeichen der Rohstoffknappheit einerseits und des Warenhungers andererseits. Die Detailgeschäfte in Manufaktur-, Web- und Wirkwaren haben sehr unter der verminderten Einfuhr, die nur noch durch die Schweiz erfolgt, zu leiden. Viel zu tun haben die hiesigen Möbel-fabriken in der Hauptsache in einfachen Küchenschrank- und Wohnmöbeln; bei den besseren Sachen macht sich das Fehlen der Metallbeschläge, des Spiegels, des Marmorplattens bemerkbar. Viel beschäftigt ist die hiesige Konfektion, auch die Schneider, mit der Umarbeitung der Uniform für Zivilzwecke. Das Baugewerbe ist zur Zeit fast nur auf Reparatur angewiesen, da die hohen Arbeitslöhne und der Rohstoffmangel alle Neubauten ausschließen.

Vippische Fürstentümer.

Bad Salzungen, 6. März. Am Dienstag, den 4. d. Mts., tagte zum ersten Male die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung. Der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Goebel eröffnete die Sitzung und erteilte zunächst das Wort dem 1. Rats Herrn Hofmann, welcher die gewählten Herren begrüßte. Hierauf wurden die Wahlen des Vorstandes und der Ausschüsse vorgenommen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde der Werkmeister Hörmann und zu dessen Stellvertreter Kaufmann Konrad Borchhausen, zum Schriftführer Medaiteur Franz und zu dessen Stellvertreter Werkmeister Reimiger gewählt. Hierauf wurden zunächst die Kommissionen gewählt. Außerdem wurde nach der Beisitzung gefaßt, daß die Mitglieder des Magistrats und Stadtverordnetenversammlung von den Arbeiten und Lieferungen für die Stadt ausgegliedert werden sollen. Zum Schluß dankte der Stadtverordnetenvorsteher Hörmann dem bisherigen Vorsteher, Herrn Goebel, für seine verdienstvolle Tätigkeit.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

h. Münster, 7. März. Eine Versammlung der Garnison Münster, an der weit über 1000 Mitglieder fremder Truppen teilnahmen, protestierte gegen die Verhaftung von Soldatenratsmitgliedern. Sie sprach dem

kommandierenden General des 7. A.-K. ihr Mißtrauen aus und beantragte die anderweitige Verwendung des kommandierenden Generals. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt des Mißtrauens und forderte die sofortige Auflösung der feindlichen Armee, sowie die Auflösung der Freiwilligenformationen und machte sich im übrigen das Programm der kommunistischen Partei zu eigen.

Diehmarkt.

Minden, 6. März. Der gestrige Viehmarkt war mit 16 Ferkeln und 4 Küfern, 25 Pferden und 3 Ziegen besetzt. Außerdem waren 8 Verkaufsstände und 6 Wagen mit Obstbäumen vorhanden. Gezahlt wurden für Ferkel von 6–8 Wochen alt 120–160 Mark, für 8–13 Wochen alte 160–200 Mark und für Küfer von 3–4 Monaten 200–245 Mark das Stück. Für bessere Pferde wurden Preise von 3000–3500 Mark, für mittlere 2000–2500 Mark, für leichte 1500–2000 Mark erzielt. Schlachtpferde wurden nicht gehandelt. Schweine über 50 Pfund und Minderhühner vom Auftrieb ausgetrieben. Für Ziegen wurden 200–330 Mark gezahlt.

Münster, 6. März. Auftrieb 152 Ferkel und Küfer-schweine 6–8 Wochen alt Ferkel 95–120 Mark, ältere Ferkel bis 170 Mark. Handel: mittel.

Neuheiten vom Büchermarkt.

Milieuroman. Ein Roman aus unseren Tagen von Margarete Böhm. (Berlin, Dr. Schöler u. Co. G. m. b. H.), gebunden M. 4.50, gebunden M. 6.—.

Margarete Böhm, die bekannte Herausgeberin des „Tagebuch einer Verlorenen“ tritt nach längerer Pause wieder mit einem großen Roman in die Öffentlichkeit. Mit genialem Griff hat Margarete Böhm wieder dasjenige Thema erfaßt, das jetzt — leider — die ganze Welt, speziell alle Kreise in Deutschland beherrscht. Die Jagd nach dem Gelde, der Tausch der Millionen, der Kriegsgewinn. Der ganze Roman ist ein außerordentlich geschickt komponiertes Stück Zeitgeschichte, bei dem die handelnden Personen alle Fehler ihrer Zeit aufweisen, aber trotzdem sympathisch sind, weil sie sich ihre eigene Kraft und durch ihr Gelfelustschien sich aus ihrer Schicht in eine höhere, in eine gebildete und wohlhabende Klasse hinaufarbeiten.

So wird ein Stück soziale Frage in einem Einzelschicksal aufgezeigt und gelöst und das Vorurteil, daß der Glanz des Reichtums nur einer ganz bestimmten Gesellschaftsschicht vorbehalten bleiben müsse, in konsequenter und interessanter Weise beseitigt. Das Buch löst von den ersten bis zur letzten Seite die größte Spannung aus und namentlich die Schilderung der „Meinen Leute“ des Berliner Ollens, die stets eine starke Margarete Böhm war, ist der Verfasserin gelungen.

Verantwortlich für den Textteil: Erich A. Maack, für den Anzeigenteil: G. Bese, beide in Herford.

Die Fleischeinheit

wird für die Woche vom 3. März bis 9. März d. Js. auf 100 Gramm Fleisch und Wurst festgesetzt.

Befolgt werden 3 kleine Fleischmarkenabschnitte mit 60 Gr. Fleisch und 2 kleine Fleischmarkenabschnitte mit 40 Gr. Wurst.

Der Verkauf in den Schlachtereien am Sonntagabend, den 8. März 1919 findet in folgender Reihenfolge statt: von 8–11 Uhr A-G, 11–2 Uhr G-R, 3–7 Uhr E-F. Herford, den 7. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden wird Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten von jetzt ab bis Ostern nicht mehr erteilt. Öffentliche Tanzlustbarkeiten dürfen deshalb nicht stattfinden. Es wird mit Bestimmtheit erwartet, daß nunmehr auch die in letzter Zeit bis zum Übermaß nach Zahl und Dauer gesteigerten Tanzereien in Privatkreisen aufhören.

Dem bisher geltend gemachten Grunde, daß die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger eine Aufheerung des bürgerlichen Lebens, ist nunmehr reichlich Genüge geschehen und die Fortdauer dieser übermäßigen Vergnügungssucht berührt nachgerade mehr dem peinlich.

Die Polizeiverwaltung, gez. Buse.

Herodang

über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften.

§ 1. Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.

§ 2. Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweise er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

§ 3. Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 4. Die nach den §§ 1 und 2 meldepflichtigen Personen haben jede Befehung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

§ 5. Meldepflichtige Personen, welche einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

§ 6. Bereits ergangene weitergehende Verordnungen der Demobilisationsbehörden über Meldepflichten im Sinne dieser Verordnung bleiben in Kraft.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Februar 1919.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation, Roeth.

Die Geburt eines kräftigen
Jungen
zeigen hoch erfreut an
Emil Weinberg und Frau
Grete geb. Haas.
Herford, den 6. März 1919.

Brinkmann's Theater, Herford.

Dir. Billy Thelen.
Sonntag, den 9. März 1919:
Zwei große Vorstellungen.
Nachmittags 3 1/2 Uhr für Kinder u. Erwachsene.

● **Hänsel und Gretel** ●
oder die böse Knusperhexe.
Märchen in 4 Aufzügen von G. R. R.
Preise der Plätze für Kinder:
Sprengel num. 1.75, I. Parterre 1.25, II. Parterre 0.75 M.
Erwachsene 25 Pf. mehr auf allen Plätzen.
Abends 7 1/2 Uhr das beliebte Opernabendstück:

„Marie,
die Tochter des Regiments“
in 3 Akten. Musik von Donizetti.
Außer Abonnement. Operettenpreise.
Frl. Lotte Niden in der Titelrolle.

:-: **Spielvereinigung.** :-:
Am Sonntag, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr,
bei Overbeck, Bergertor:
Außerordentliche Versammlung.
Neue Mitglieder herzlich willkommen.

Turngemeinde
Herford
e. V., M. d. D. L.
Wiederbeginn der Turnabende:
Männer- und Jugend-Abteilung: Freitag, den 7. März,
Gesundheits-Riege: Mittwoch, den 12. März,
abends pünktlich 8 Uhr, in der Turnhalle Lübbertstr.
Der Turnwart.

Wir sind — freibleibend — Abgeber von
4 % Herforder Stadtanleihe à 93.50 %
4 % Westf. Provinzialanleihe à 94.75 %
4 1/2 % Deutsche Schatzanweisung.
rückzahlbar 1924 à 92. — %
4 1/2 % Magdeb. Stadtanleihe à 98.60 %
alles provionsfrei.
Herforder Bank,
Zweiganstalt der Osnabrücker Bank.

Westfälisches Freikorps Pfeffer.
8 Mark Tageszulage
außer mobiler Wohnung, Verpflegung, Familienunter-
stützung und sonstigen üblichen Vorteilen zahlen wir
bei unserem kurz bevorstehenden Kampfeinsatz außer-
halb Westfalens für
Westfal.
M. = G. = Schützen
auch 1. M. = G. = Schützen. Bezieht Euch, weil wir schon
fertig und vollständig, und nur noch eine beschränkte
Zahl annehmen können. Die hohe Zulage wird nicht
unbedingt gezahlt, im Gegenteil gehen wir ran, in der
Ruhe exerzieren und üben wir, denn wir sind eine Elite-
truppe und müssen es bleiben. Wir sind mit allen
Waffen und Hilfsmitteln wohl versehen.
Wer von andern Freikorps übertritt, muss
schriftliches Einverständnis seiner bisherigen Offiziere
beibringen; wer nur deshalb übertritt, weil wir mehr
zahlen, wird nicht angenommen. Seht in die Zeitungen,
wie dringend unser Vaterland zuverlässige Truppen
braucht und meldet Euch.
Werbestelle:
Münster i. W. Gastwirtsch. Bullermann
Sofienstraße. Adresse aufschreiben.
Hauptmann v. Pfeffer.

Wir haben etwas ausgeschnittene
rote Möhren
den Ctr. mit 12 M. abzugeben.
Stielmus, frische und eingemachte rote Beete
sowie Sauerkraut sind noch vorrätig.
Gemüse- und Obstmarkt,
G. m. b. H., nur Arnststr. 6.

Geschäfts-Verlegung!
Unser Spezial-Geschäft für Damenputz befindet
sich ab Montag, den 10. März
Rennstrasse 43
gegenüber dem Goldwarengeschäft Hillgenfeld, in der Nähe
des Alten Marktes. (Des Umzugs wegen bleibt unser Geschäft
von heute bis Montag geschlossen.)
Geschw. Kuhlmann,
Spezial-Geschäft für Damenputz
Göbenstrasse 19.

Tägliche Rundschau
Unabhängige Zeitung für nationale Politik
Berlin S.W. 68.

**Dem Vaterland,
nicht der Partei!**

Dies bleibt unser Wahlspruch auch in der jetzigen sturmbelegten Zeit.
Wir werden weiter kämpfen für das Befreiung des deutschen Vater-
landes und seiner Kultur gegen die Kämpfe und für die Förderung der
für seinen Wiederaufbau notwendigen Lebensbedingungen eintreten.
Das deutsche Geistesleben in Kunst und Wissenschaft, in Leben und
Gesinnung wird durch unsere bekannte tägliche Unterhaltungsbeilage
gepflegt, deren führende Stellung von der gesamten deutschen Presse
anerkannt ist. Ausgabe morgens und abends. Bezugspreis frei Haus
monatlich M. 2.75 und 24 Pf. Bestellgeld, vierteljährlich M. 8.25
und 72 Pf. Bestellgeld. Bestellungen nimmt jedes Postamt ent-
gegen. Der erste Monat wird zur Probe zum Vorzugspreis von
M. 2.20 frei Haus geliefert. Bestellungen hierauf sind nur an die
Vertriebsleitung der „Täglichen Rundschau“, Berlin S.W. 68, zu richten.

Anmeldungen
zur Zeichnung auf
4% Berliner Stadtanleihe
VON 1919
(im Betrage von 400 000 000.— Mk.)
zum Kurse von 93.25% nehmen wir
an unserer Kasse kostenlos entgegen.
Die Anleihe liegt zur Zeichnung vom
3.—17. d. Mts. auf.
Herforder Bank
Zweiganstalt der Osnabrücker Bank.

Erste Tailen- u. Wodarbeiterinnen
und jüngere Gehilfinnen
für sofort und später gesucht.
Maria Vorberg, Hämelingstr. 14 a.

Gemüsegärtner oder Landwirt (Borarbeiter)
zur Bewirtschaftung von ca 20 Morgen Gemüseland möglichst
auf sofort gesucht.
Angebote unter Nr. 5933 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nachtragsbekanntmachung
Nr. F. R. 580/1. 19. R. R. M.
zu der Bekanntmachung Nr. F. R. 830/11. 18. R. R. M.
Im Auftrage des Reichsanwalts für die wirtschaftliche
Demonstrationsaktion wird folgendes angeordnet:
Artikel I.
Die Bekanntmachung Nr. F. R. 830/11. 18. R. R. M.
wird folgendermaßen abgeändert:
Im Artikel II b fallen die Worte: „insoweit in
ihnen auf die Metall-Medaille der Kriegs-Hofstuf-
Abteilung als derjenigen Stelle hingewiesen worden
ist, mit der wegen Anfragen, Freigaben usw. in
Verbindung zu treten war“ fort.
An die Stelle der fortgefallenen Worte treten die
Worte:
„insoweit die Metalle noch nicht zur Ablieferung ge-
langt sind.“
Artikel II b erhält ferner folgenden Schlussatz:
„Nicht widerrufen werden die Gültigkeitszeugnisse
von Wismut, Schnelldrehstuhl und Graphit.“
Für diejenigen Entgegnungen, die auf Grund dieser
Nachtragsbekanntmachung (Nr. F. R. 580/1. 19. R. R. M.)
widerrufen werden, wird die in dem Artikel III Absatz 1
der Bekanntmachung Nr. F. R. 830/11. 18. R. R. M. be-
stimmte Einspruchsfrist sowie die in dem Artikel III Ab-
satz 2 bestimmte Ablieferungsfrist auf den 15. März 1919
festgesetzt.

Artikel II.
Diese Bekanntmachung tritt am 17. Februar 1919 in
Kraft.
Berlin, den 17. Februar 1919.
Kriegs-Hofstuf-Abteilung. Wolffhügel.

Empfehle mein Lager in
**Rhein-
Mosel-
Rot-
Süss-
Schaum-
Cognac Weinbrand
Cognac-Verschnitt
Angostura-Bitter.**
Wilhelm Biermann.
Neuer Markt 2, Fernruf 357.

**50 Waggon
Brennholz**
hauptsächlich Buche, 1 Meter
aufwärts lang bis ca. 30 cm
stark, ab Mitte Altenbeken bis
Hilft abzugeben.
Albert Müller,
Holz-Größhlg.,
Cafel, Ob. Königsstraße 39.

Bäckerieen und Private!
Stärke

Kein Ersatz.
Probe-Pfund 15 Mark.
Hans Blaf,
Hannover, Runderstraße 10.
Wenig gebrauchtes, gut er-
haltenes
Herrn-Fahrrad
mit Gummibereifung zu kaufen
gesucht.
Offerten mit Preisangabe, unter
Nr. 5870 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Zwei Freunde,
27 u. 28 Jahre alt, vom Mi-
litär entlassen, wünschen, da es
ihnen an weibl. Beschäft. fehlt,
mit zwei i. häusl. erz. Mädch.
in Dienstw. zu treten. Ver-
schwiegen, zuverlässig. Nur
ernst gemeinte Off., mögl. mit
Bild, das a. Wunsch zurückge-
h. wird, erb. unt. Nr. 5882 an
die Geschäftsst. d. Zeitung.

Suche zum 1. April tüchtigen
Arbeitsburschen.
Wer, sagt unter 5907 die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Lichtspielhaus
„Wittekind“
Carmen
Pax aeterna
Opium.

Am Sonntag, 8. März
feiert der
Sport- und
Radfahrer-
Klub
„Merkur“
in den Sälen des Gastwirts
Ziemeyer sein
großes Winterfest
bestehend in Ball-
Ueberrassungen, Preis-
tänzen, große Model-
belustigungen im Eis-
palast.
Es ladet ein
Der Festleiter.

Brinkmann's Theater,
Herford. Dir. Billy Thelen.
Freitag, den 7. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Operetten-Novität.
Das Glücksmädel.
Operette in 3 Akten
von Otto Schwarz.
Operettenpreise.

Gardeverein.
Sonntag, d. 8. März,
abends 8 Uhr:
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Verschiedenes.
2. Begrüßungsfeier.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Achtung!
**Kulischer, Expeditions- u.
Kohlenarbeiter.**
Sonntag, den 9. März,
vormittags 10 Uhr,
bei Hillert:
Versammlung.
Tagesordnung:
Lohnbewegung.
Transportarbeiter-Verband

Junge Dame
aus angeheuer Familie, jetzt
als Handelslehrerin, früher 3
Jahre im Bankfach tätig, sucht
zu Mai-Juni entsprechende An-
stellung im Bankfach, auch als
Privat- oder Schulfreierin.
Angebote unter 5922 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Stübe
nach Holland gesucht.
Suche zum 1. Mai f. herr-
schaftlichen Haushalt ein ge-
bildetes Fräulein, kinderlieb,
(2 Kinder, 2-6 Jahre) mit
guter deutscher Aussprache, das
auch in allen Teilen des Haus-
halts verwandert sein muss.
Frau Bankdirektor Stroink,
Ulrich, Holland.

Junges Mädchen
welches Opiern die Schule ver-
lässt für leichte Hausarbeit
sofort gesucht.
Steinstraße 15.

Vertretung.
Bei Möbelfabr. eingef. Ver-
treter zum Verkauf von
**Spezial-
Beschlagen**
von leistungsf. Fabrik gesucht.
Hohe Prod. Ausg. Ange-
bote an die Geschäftsstelle d. Zeitg.
unter Nr. 5940.

Mr. Wu.

**Konfirmanden-
Anzüge**
blau und farbig
in grosser Auswahl, sehr preiswert.
Herm. Herzfeld.

Kriegsskuche.
Die Marken für die Kriegsskuche müssen nachemweise
gelöst werden. Eine Ausgabe der Marken für einzelne
Lage ist nicht mehr möglich.
Beim Lösen der Speisemarken müssen auf den Kopf
folgende Lebensmittelmärken abgegeben werden:
für 6 Tage Marken über 2 1/2 Pfund Kartoffeln, für
6 Tage die Hälfte des Fleischmarkenwochenabschnittes.
Wer nicht im Besitz von Kartoffelmärken ist, kann
einen Teil bereits eingelieferter Kartoffeln in der Markt-
halle zurückgeben.
In den Ausgabestellen wird Mittagessen nur noch
gegen Wababe der für den betr. Tag gültigen Marken
verabfolgt.
Herford, den 6. März 1919.
Der Magistrat.

Lebensmittelmärken.
Die Ausgabe der Lebensmittelmärken für die Zeit
vom 17. März bis 13. April 1919 findet in der Woche
vom 10. bis 15. März ds. Js. zu den bekannten Stunden
im Bürgerverein statt.
Die Lebensmittelmärkenausgabestelle ist geöffnet mor-
gens von 8—12 und nachmittags von 3—6 Uhr.
Herford, den 6. März 1919.
Der Magistrat.

Fischverkauf.
Einer größeren Anzahl Kolonialwarengeschäften, die
es durch Aushang bekannt geben, werden voraussichtlich
heute oder morgen
Dorsch, das Pfund zu 1.20 M.
zugewiesen.
Herford, den 7. März 1919.
Der Magistrat.

Bücker.
(Verkauf auf Kundenliste.)
In den Geschäften kam von Montag, den 10. März
1919, ab auf Warenmarkte Nr. 57 1 Pfund Zucker gekauft
werden. Die Marken müssen bis zum 17. März 1919 ein-
gelöst sein. Die Geschäfte haben die Marken aufgeführt
bis zum 20. März 1919 im Rathaus, Zimmer Nr. 108,
abzuliefern.
Herford, den 6. März 1919.
Der Magistrat.

Sühnerfutter.
Eine kleine Menge Sühnerfutter wird in der Futter-
mittelfabrik, Webers Weg, Diebroderstraße, verkauft.
Herford, den 5. März 1919.
Der Magistrat.

Städtisches Notgeld.
Die unter dem 3. November 1918 ausgefertigten Gul-
dscheine über 5 M., 10 M. und 20 M., welche bis zum
1. Februar 1919 umlaufsfähig waren, werden von der
Kämmereikasse nur bis einschließlich den 15. März d. J.
eingelöst.
Nach diesem Tage verlieren die Gutscheine vollständig
ihre Gültigkeit.
Herford, den 6. März 1919.
Der Magistrat.

Kratze. Jackend. Hautaus-
sage, schlag wird unter
Garantie in 3 Tagen mit
echter Krätzseife „Pura“
geheilt. Geruch, ohne Bu-
rofsstör. Pack M. 2.50, 4.—
u. 6.50. Dazu gehö. Luna
Blutreinigungstee Pack 85
Pfg. u. 1.50 M. Alleinrecht d.
Altstadt. Apotheke, Herford
Drog. Reese, Lübbertstr. 23.

Wer
kauft Schme (Größe 48) gegen
Sitteln (Mittelmäß 28 1/2) um.
Nachz. in der Geschäftsst.
dieser Zeitung unter Nr. 5943.
**Gebrauchter
Kinderwagen**
abzugeben. Preis 60.— Mark.
Johannisstraße 35 II.

**Wir suchen
verkauf. Häuser**
an beliebigen Plätzen, mit
ohne Geschäft, bewies. Unter-
breitung an vorgemerkt. Käufer.
Belust durch uns lösen. 20
Angebote v. Selbstgekauften
erwünscht an den Verlag des
Verkaufs-Markt Eberfeld
Mühlenstraße 19.

Besserer Herr sucht
guten Privatmittingstüb.
Angebote unter E 84 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.
Hund
zugekauft.
Wwo. Kuhlmann,
Derringhausen 48.